

Beschluss

LNG-Terminal Brunsbüttel

Antragsteller*innen:

Antragstext

- 1 Der Kreisverband Bündnis 90/ Die Grünen Pinneberg beschließt, die Umweltverbände
- 2 „Klimabündnis gegen LNG“ (darunter die Deutsche Umwelthilfe) sowie „Arge
- 3 Umweltschutz Haseldorfer Marsch“ in ihrem Widerstand gegen das geplante LNG-
- 4 Terminal Brunsbüttel zu unterstützen:
- 5 Der Kreisverband Bündnis 90/ Die Grünen Pinneberg
- 6 - lehnt den Bau des LNG-Terminals in Brunsbüttel, der die Klimawende
- 7 konterkariert und fossile Energieinfrastruktur auf Jahrzehnte zementiert,
- 8 - inklusive des ca. 60 Kilometer langen geplanten Trassenverlaufs einer neuen
- 9 Gasleitung durch das Marschland, die das geplante LNG-Terminal in Brunsbüttel
- 10 mit dem zentralen Gasnetz verbinden soll,
- 11 - inklusive der vom Land und Bund beschlossenen Subventionen von jeweils 50
- 12 Millionen Euro,
- 13 ... ab.
- 14 Wir fordern unsere Grüne Landtagsfraktion auf, mit ihren Koalitions-
- 15 partner*innen CDU und FDP noch einmal das Gespräch zum Thema LNG zu suchen und
- 16 sich im Sinne unseres Antrages zu positionieren.

Begründung

Begründung:

1.) LNG Terminal versus Koalitionsvertrag

Die geplante Größe und die geplante großangelegte Nutzung des LNG-Terminals - nämlich die Einspeisung von importiertem LNG-Fracking-Gas in das deutsche Gasnetz - sind nicht im Jamaika-Koalitionsvertrag festgeschrieben. Stattdessen ist im Koalitionsvertrag eindeutig zu lesen: "Fracking und CCS lehnen wir ab." Wir können nicht hierzulande Fracking ablehnen und dann das entsprechende Gas aus den USA importieren! In einem Beschluss des Landesparteitags im März 2019 wurde bereits dieses Dilemma thematisiert und einer finanziellen Unterstützung des LNG-Terminals von Bund und Land eine Absage erteilt.

2.) LNG Terminal versus Klimaschutz

Erdgas wird als so genannte Brückentechnologie für die nächsten Jahrzehnte diskutiert, ist aber zu Recht umstritten. Noch umstrittener ist, ob es sinnvoll und klimapolitisch zu verantworten ist, zusätzlich zum bestehenden Import von Erdgas durch Erdgasleitungen eine neue Importstruktur für Liquefied Natural Gas (LNG) zu tätigen und durch Subventionen zu fördern. Erdgas wird durch eine Kühlung unter -162 Grad unter Druck flüssig, also zu LNG. LNG wird mit großen Tankschiffen weite Strecken transportiert, am Zielort in Terminals aufgenommen und regasifiziert. Europaweit werden gleichzeitig sehr viele LNG-Terminals gebaut, obwohl existierende Terminals keineswegs ausgelastet sind. Der Druck aus den USA und von interessierten Unternehmen dennoch den Ausbau und Neubau von Terminals zu forcieren, scheint sehr groß zu sein.

Erdgas besteht weitgehend aus Methan. Bei der Verbrennung von Erdgas wird das Treibhausgas CO₂ freigesetzt. Die CO₂-Emissionen je erzeugter Kilowattstunde Strom fallen geringer als bei der

Verbrennung von Kohle in Kohlekraftwerken aus. Dieser Klimaschutz-Vorteil besteht allerdings nur, wenn Methan-Emissionen im ganzen Verlauf von der Förderung bis zum Verbrauch weitestgehend vermieden werden. Denn eine Tonne Methan wirkt über 20 Mal schädlicher als eine Tonne emittiertes CO₂, wenn der Klimateffekt über 100 Jahre betrachtet wird. In den ersten 25 Jahren nach der Freisetzung von Methan ist die Klimaschädlichkeit sogar 84 Mal höher als die Schädlichkeit von CO₂. Insofern ist der Einsatz von LNG als Brückentechnologie für schnelleren, effektiven Klimaschutz als sehr kritisch anzusehen.

In letzter Zeit werden immer mehr wissenschaftliche Studien in der Öffentlichkeit bekannt, die außerdem zeigen, dass die Methan-Emissionen in der Gaswirtschaft viel höher sind, als früher angenommen. Eine aktuelle Studie für das Umweltbundesamt zeigt, dass die Klimaschädlichkeit der LNG-bezogenen Wirtschaft noch wesentlich größer ist als die der leitungsgebundenen Gaswirtschaft. Dafür gibt es mehrere Gründe: Ein großer Teil des im Handel befindlichen LNGs wird mit Fracking gewonnen. Bei dieser Fördermethode entweicht oftmals besonders viel Methan in die Luft (Methanleak), da das Methan in den vielen kleineren Förderanlagen schwerer abzufangen ist als in einigen Großanlagen. Bei der Verflüssigung des Gases und dem Transport von LNG in Tankschiffen über den Atlantik wird außerdem sehr viel Energie verbraucht, wodurch die Klimabilanz weiter verschlechtert wird.

Kurzum: Deutschland kann nur Klimaneutralität erreichen, wenn wir nach dem Ausstieg aus der Kohle auch weitgehend aus dem Verbrennen von Erdgas aussteigen. Der Aufbau einer neuen Importinfrastruktur verlängert die fossile Energiewirtschaft und fördert mit LNG Importen eine besonders klimaschädliche Form der Gaswirtschaft. Wenn es in der Übergangsphase in Deutschland tatsächlich aus politischen Gründen zu Engpässen mit Gaslieferungen aus Russland kommen sollte (was unwahrscheinlich ist, da Deutschland auch im Kalten Krieg Gas geliefert bekam), dann könnte Deutschland LNG-Importe über die bestehenden LNG-Terminals und die bestehende Gasleitung aus den BENLUXStaaten erhalten. Somit kann auch das Argument entkräftigt werden, wir bräuchten den Terminal, um die Gasversorgung zu diversifizieren.

3.) Zukunftsinvestition LNG versus erneuerbare Energien/ neue Technologien

Zum Umbau der Energiewirtschaft auf erneuerbare Energien in Bund und Land werden neue Technologien und flächendeckende Infrastruktur benötigt. Das kostet viel Geld. Überschüsse/Investitionen sollten besser zukunftsorientiert in die Forschung und

Entwicklung neuer Technologien für Klimawende und effektiven Klimaschutz fließen. Durch die finanzielle Förderung von LNG-Terminals u.a. in Brunsbüttel in Millionenhöhe setzen Land/Bund aber weiterhin auf Jahrzehnte gesehen auf fossile Gasenergie.

4.) Direkte Betroffenheit im Kreis Pinneberg durch die geplante neue Gastrasse

Das Betreiberkonsortium plant, eine neue Gastrasse mitten durch das Marschland zu bauen, um eine neue Verbindung von Brunsbüttel an das zentrale Gasnetz bei Hetlingen herzustellen. Die schweren Fahrzeuge, die die dicken Rohre verlegen sollen, würden den empfindlichen Marschboden voraussichtlich unwiederbringlich verdichten und das komplexe Dränagesystem zerstören. Diese Zerstörung des Bodens ist den Landwirten und der Natur nicht zuzumuten